

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Montag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Postkarte zu bezahlen.
Preis vierjährig 10 Pf., 2.50,-
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon
Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inserationsgebühre
berügt für die einzelne
Partie über deren Name
20 Pfennige, für Vereine und
Gesellschaften doppelter
10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 9 Uhr in den
Redakteur abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 221.

Dienstag, den 22. September 1903.

14. Jahrgang.

Unser Parteitag.

Dresden, den 20. September 1903.

Siebenter Verhandlungstag.

Raben eröffnet die Sitzung um 11st Uhr. Eine Sammlung unter den Delegierten für die Crimmitschauer Textilarbeiter hat den Betrag von 480 Mark ergeben.

Die Debatte über den Punkt

Maister

wird fortgesetzt.

Eicherod-Ebersfeld: Tatsache ist, daß nicht alle unser Hoffnungen, die wir an die Maister gelauft haben, in Erfüllung gegangen sind, oder vielmehr aber trügt überall da, wo unsere Organisationen wirklich erstaunt sind, die Maister doch ihren ursprünglichen demonstrativen Charakter. Freilich obgleich viele Teile verlangen könnten wir nicht, solange es die Unzufriedenheit der eventuellen Gewerkschaften überlassen. Redner erklärt sich mit der Resolution des Vorstandes einverstanden.

Arziger-Dreieck: Man hat so viel davon gesprochen, daß man der Massenstimme in Wahrheit Rechnung trage müssen. Das würde nicht geschehen, wenn man an der jetzigen Art der Maister, die vielmehr Sache der Gewerkschaften als der Partei ist, etwas ändern möchte.

Bugold-Hirschberg: Bei uns auf dem platten Lande ist bis jetzt die Maister fast spurlos vorbeegangen. Es muß von oben herab und ein Flugblatt zur Verfügung gestellt werden, das wir den Arbeitern, die an den Versammlungen nicht teilnehmen können,

Gewehr-Ebersfeld: Die Nachricht, daß die Ebersfelder Genossen aus dem Charakter der Maister anderen sollten, kommt wohl aus der trüben Quelle der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, die leider häufig von der Parteipresse beworben wird. Wir sind der Meinung, daß sowohl Gewerkschaften wie Partei dafür sorgen sollen, daß die Maister verteidigt wird. (Bravo!)

Löde-Breslau: Im Osten und wohl auch im Westen ist die Maister heute durchaus keine Demonstration, von 90.000 überseitlichen Arbeitern wissen vielleicht 250 etwas von der Maister. Deshalb sind die Breslauer gegen die Fortführung der bisherigen Art der Maister und gäben die Demonstration mehrere Gründe, wenn die Versammlungen nur am Abend stattfinden. Wenn es so weitergeht wie bisher, so muß notwendiger Weise zwischen der Partei und einem Teil der Gewerkschaften ein ziemlich heiterer Zwist austreten um das möglichen zu vermeiden.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso mit großer Mehrheit die lebensfähige Resolution, welche die Arbeitsruhe als die würdigste Maister empfiehlt, aber Ausnahmen für galäufig erklärt.

Singer teilt mit, daß die Kontrollkommission die Genossen Weigels und Eberhard zu Besuch des Vorstandes und Meister zu ihren Vorsitzenden gewählt hat. — Wir wird soeben das im Laurahütter Prozeß gefallene Urteil bekannt, es ist ein Beweis für die neueste Form der Milderung der Klasse gegenwärtig. (Sehr gut!) In diesem Prozeß sind 43 Jahre und ein Monat Gefängnis verhängt worden. (Gloria! Rufe!)

Es folgte die Beratung eines größeren Anzahl auf Abänderung des Organisationsstatuts hinzielenden Anträge. Sie zerfallen in drei Gruppen. Die erste behandelt die Regelung des Ausschlusses aus der Organisation, die zweite die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag, die dritte Gruppe eine anderweitige Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitag unter Zugrundelegung des Proportionalwahlsystems.

Auf Antrag **Gewehr-Ebersfeld** wird die Angelegenheit verlegt und beschlossen, die Kontrollkommission und den Vorstand zu beauftragen, in einer Revision des Organisationsstatuts einzutreten und dem Parteitag einen neuen Entwurf vorzulegen. Alle zur Abänderung des Organisationsstatuts gestellten Anträge sollen dieser Kommission überwiesen werden.

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(Nachdruck verboten)

Der unglückliche Mann schlug die Hände vors Gesicht. Dann ging er langsam, wan'enden Schrittes, ohne wieder schwang sich mühsam in den Sattel und jagte, ohne umzublicken, wieder dem „Schwarzen See“ zu.

XXI.

Am nächsten Tage traf der Kreishauptmann von Bauer in Zulawce ein. Obgleich er dafür gesorgt hatte, daß Simeon Pomero, sowie alle übrigen Bewohner nicht über seine friedlichen Absichten im Unklaren seien, hielt es der alte Herr doch für angebracht, zwei Eskadronen Husaren als Eskorte mitzunehmen, um' mehr, da er ja nicht bloß die Unterfahrung wegen des Adlers fürchtete, sondern auch pflichtgemäß der Republik ein Ende bereiten und den neuen Mandatar des Gutsbezirks installieren wollte.

Graf Georg Boreck hatte endlich einen Mann gefunden, der sich bereit erklärte, den von Herrn Hajek so tief verärgerten Karren wieder flott zu machen. Es war dies ein alter Bediensteter der Dörfler, Herr Severin Gontia, vielleicht der einzige Mann, der den möglicherweise genannten Feindseligkeit der Verhältnisse und seiner Beliebtheit bei den Bauern dieser Aufgabe gewachsen war. Wie ihn dieselben empfanden würden, war gleichwohl zwecklos, und so verließ sich Herr von Bauer zwar in erster Linie auf die Gerechtigkeit seiner Mission, aber daneben doch auch auf die schwer geschlossenen Pallasche

Diese Befürchtung erwies sich zum Glück als überflüssig. Als der Zug neben dem Holzbrücklein über den Bruch eintraf, stand wohl die ganze Gemeinde verlärmert, aber in friedlichster Absicht. Der alte Simeon hatte nämlich seinen Leuten Tags vorher kurz und trocken rief: „Wir besagen allen, was wir verlangen: den Adler, einen menschlich gesunden Mandatar und Strafleichtätigkeit des Geschäftes. Wären wir damit nicht zufrieden und wollten wir den Kampf fortführen, so verdienten wir, alleamt ins Rattenhaus nach Lemberg geschafft zu werden. Ich aber bin ein verantwortlicher Mann und will auf meinem Hofe bleiben.“ Das wußte Simeon kaum den Kreishauptmann im Namen des ganzen Dorfes echerbietig begrüßt.

Herr von Bauer nahm dies gütig auf und erwiderte mit geübtem Höflichkeit: „Leute! Ich habe Euch zwar abschrecken müssen der letzten Monate in den tiefsen Ecken und verdeckten, aber weil Ihr doch eigentlich keine Kerle sind, denen die Husaren etwas anfangen wollt, so mag das Geschäft eben gehen und verschwinden. Und Dich, alter Simeon, will ich sogar niemals fragen, wie Du Dich als Kaiser von Zulawce gefühlt hast. Solltest Ihr in

eine größere Anzahl Anträge, die unter anderem Referenten Schulen, Propaganda für den Sozialismus unter den vor dem Eintritt in die Armee stehenden Recruten, Agitation unter den Postbeamten fordern, erlangen nicht die nötige Unterstützung.

Giesbach-Köln begründet in längeren Ausführungen einen Antrag der östlichen Organisationen auf Auflösung besonderer Parteiabschöpfer, die die Agitation in besonders schwierigen Zentren gegen den Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

stützung leisten. Der Parteivorstand soll die nötige materielle Unter-

ein Resümé der Arbeiten unserer Partei-
tages zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast
auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit
diskutiert, wir haben sie in der uns eigenen Art und Weise
diskutiert, aber da ich zu denen gehörte, die nichts taten, es nichts
verstehen wollten, so wurde ich es nicht für richtig halten, wenn
wir auch am Schluß dieses Parteitages uns selbst das Urteil
aufstellen, daß wir unsere Verhandlungen mit Offenheit,
Teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. (Abfall.)
Genossen, in dieser Art wie wir diskutieren in der, wie wir uns
gegenüber nichts verstecken, in der Art, wie wir
deutlich und offen zu einander reden,
heute untere Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es mög-
lich sein, die Leidenschaften so aufeinanderpläten zu lassen, wie in
der unseren; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch
Leidenschaftliche Ausbrüche fallen, diese doch
immer hervorgehen aus der flammenden Be-
leidung, die in jedem vorhanden ist, der ihr die
Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebh. Beifall.)
Dann aber — ich möchte dies im voraus sagen — etwa unsre
Gegner die Öffnung schößen wollten, daß nun die Partei in ihrem
Sozialdemokratischen irgendwie gebremst und geschwächt sein sollte,
würden sie erleben, daß sie im Irren sind. Es ist ja ein förm-
liches Schenken in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag veran-
kommen zu leben, an den durch die rücksichtslose Ausdrückung solcher
Meinungsverschiedenheiten die berüchtigten Wünsche der Gegner erfüllt
werden. Man lasse es sich gefaßt sein als überall — was auch die
Sozialdemokratie unter sich und mit sich bestimmt — in Bezug auf
den Kampf mit den Gegnern in die Partei geschlossen, wie
sie es vorher war. (Lebh. Beifall.)

Wir haben auf diesen Parteitag Fragen von fundamen-
taler Wichtigkeit verbandelt. Sowohl in der Diskussion als
ausgeführt worden, daß es sich nicht um persönliche Reib-
zeiten, nicht um persönliches Gesetz handelte, wenn es auch
deutlich so fühlte. (Sehr richtig!) Will man die Verhand-
lungen richtig beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beobachten,
die persönlichen Erörterungen zu betrachten, sondern dann muß man
dazu übergehen, die Sache selbst zu untersuchen und dann wird man
zu der Überzeugung kommen, daß das, was als persönliche Angelegenheit
wird, eigentlich war, daß es gegeben war, durch den Um-
stand, daß wir über Fragen verhandelt haben,
die für die Partei von fundamentaler Be-
deutung waren. (Aufführung.) Unsere Verhandlungen haben
gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage angesprochen:
Was will? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der
Parteitag und die durch den Parteitag bestreite Partei will in
ihrer immeisen Majorität, daß Programm,
Taktik, Sieden und Käppen der Partei nicht
geändert werden soll. (Lebhafte Aufführung.) Die Massen in
der Partei stehen noch wie vor auf dem Boden des revo-
lutionären Klassenkampfes, dessen Ziele die Be-
freiung des Proletariats aus dem Druck, aus
dem Glanz der kapitalistischen Gesellschafts-
ordnung ist. (Lebhafte Aufführung.) Das haben unsre Be-
hände gezeigt, daß haben unsre Beschlüsse offen vor
aller Welt dargelegt, und ich habe die Überzeugung,
daß diese Beschlüsse, wenn man sie losläßt vor den
größeren Ereignissen, die sich daran gehäuft
haben, die dem Interesse der Partei entsprechend
als den Willen der Partei handeln, als die Richtsäule der Partei
auf dem weiteren Vormarsch anzusehen werden. Deshalb sage ich
Ihnen: abgesehen von den Dingen, die ich berübt habe, wie durch
zufrieden seien mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!)
Wir können zufrieden sein damit, daß sie so plausibel dokumentiert
hat der Will der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir
in unserer Partei keine Staatsmänner sein
haben wollen. (Sehr richtig!), sondern daß wir entstehen und
den großen Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führt, daß
unter Ablösung aller Gepräge unser großes Ziel zu erreichen.
(Sturmischer Beifall.)

Wir führen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren
Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische
Arbeit der Revolution im Volke, sei es die praktische Arbeit in den
Verwaltungsbüros in Frei, Staat und Gemeinde. Diese praktische
Arbeit und die Aufmerksamkeit aller, die an dieser Politik geistet
sind, in Zukunft nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die
hier gesetzten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den
Verwaltungsbüros aller Art werden sich durch Freiheit
zur Richtsäule neigen und dafür sorgen, daß ihre Arbeit gezeigt
wird von den durchsetzenden Grundideen der Partei, sie werden den
Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation
erinnern. Ich verzweifele es selbstverständlich in diesem Moment, um
eine einzige Frage einzugehen. Aber was auch die Fragen bringen
werden, die Sozialdemokratie wird, trotz aller Mühe, ge-
führt auf ihre Grundlage, den Weg weiter machen, den sie für den
sozialen Kampf hält. Sie wird alle für ein Gebot stehenden Mittel er-
greifen, um den Zustand der Revolution abzuwandeln durch ein
Konsensabkommen des Volkes. Jünger und immer wieder aus dem
herausfordernden Kämpfer hat gewahrt werden, wie die Männer des
Volkes, wie die Kämpferinnen über die politische und militärische
Entwicklung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß nur

haut, daher in Zukunft häufig auch wieder in die Fuge kam, nie
völlig zu brechen, und daher in ihrer Form nie vernichtet
werden durfte. „Fiktion“, hat darum der Deutmann. „Nur doch Du
Deine Freude darüber an, das Reich nicht destabliert werden
darf, weil er Gott in anderer Weise veracht als wir.“

Der Herr Käpfe, wie dies seine Gewohnheit war, lange
schnüffelte vor mir nieder, ehe er, höhnisch einer Regel am die
Faust trug: „Sag, Taxis, bist Du je auf einem Deich geprallt?“
Und als dieser erstaunt verwarf, fuhr er schief herum: „Auch ich
habe nie den Deich zum ersten bemerkt. Warum nicht? Niemand
wüßt es möglich, daß ich unter den Deichen auch ein Deich habe,
welches ich am und behandelt war, um als Sozialist zu dienen.“
„Warum?“ — „Weil ich Deich nun einmal vom lieben Gott nicht dazu
gefordert wurde und mich jeder Sozialist, der auf einem solchen Deich
eingerichtet hätte, ausgeschlossen hätte.“

Das Gleiche kann nicht viel, erwiderte Taxis ruhig, aber
entweder. „Die Sieden sind Menschen wie wir.“

„Ja“, sagte Taxis. „Der Deich und das Werk sind beide
ganz einfache Dinge. Aber bestellt ist doch ein großer Unterschied
zwischen beiden. Die Dinge sind Menschen wie wir, aber andere
Menschen, und man kommt nicht dazu gesagt, die Dinge zu töten
und noch zu beschädigen. Sie gelten als tugend und unfehlbar und
gut und gut.“

„Über Käpfe ist nunmehr und bei mir noch wirklich bestimmt!“

„Ich zweifle nicht daran“, erwiderte der Sozialist. „Über ich bleibe
aber: man reicht bestimmt doch nie auf einem Deich, selbst wenn
man auf dem Deich steht, auch dann magst du nicht. Das ist es nicht,
weil die Deichen nun einmal nicht in dem Recht stehen, nach Recht
zu leben. Aber es besteht darin, daß sich der Spott gefallen
läßt und dann die nicht belogen, wenn sie Werke im Stile und
den anderen Gründen, den er ihnen zugesetzt, bestimmt beschädigt.
Über Taxis“, fuhr er eifrig fort, „Du und ich sind beide
sofort. Da die kleinen Dinge sind, um sie mit Deinem Sozialist
einzurichten. Sauer bin Du gegen das Unrecht und mir gar nicht
noch für die Dinge. Taxis! Die Dinge werden dabei nicht eingezogen,
sondern.“ — Er durchschrie.

Der Sozialist, erwiderte Taxis. „Was liegt daran? Ich tra-
te bestimmt doch, was ich will. Das aber kann ich nicht tun, es
ist meine Freiheit, die Sozialdemokratie nicht zu zerstören. Über den
Käpfe steht, bestimmt.“

„Das tut mir leid“, erwiderte Taxis lächelnd, „aber du hast
es nicht. Der Sozialdemokrat in Zukunft nimmt, was will
er in die Art der Sozialdemokrat.“

„Sie wurde durch die Unterordnung jene letzte Verbindung
zwei, wie Taxis bestimmt, zwischen beiden nur noch nicht ver-
hindern. Und ob sie gleich die Sozialdemokratie gegen den
Sozialisten nicht mehr, sondern mehr, ja keinen bestimmen.“

in einer Welt leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht
mehr entziehen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Und nun Genossen, die anderen Aufgaben, denen wir entgegen-
gehen, sie werden ja in zwei sich anschließenden Konferenzen vorbereitet
werden. In dem größten und in einem anderen großen Bundesstaat
werden in ganz kurzer Zeit die Landtagswahlen stattfinden. Die
sächsischen und die preußischen Genossen werden unter voller Aufre-
chterhaltung ihrer Grundlagen, entsprechend den wiedeholten Beschlüssen
der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldigkeit
tun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistischer Art, sie werden
den Erfolg haben, daß sie das erreichen, was wir wollen. (Lebhaf-
te Aufführung.)

Namentlich wird dadurch die Befreiung des unterholten Zustandes erleichtert
werden, daß es in Deutschland noch Parlamente gibt, von denen die
Arbeiter infolge des Dreiklassenwahlsystems ferngehalten sind. Auch
hier hier die Stimmen der Massen nachvoll erlösen. (Beifall.)

Und nun Parteigenossen! Die Fahne hoch! Nach wie vor
vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Unbeirrt durch die
Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen
und was niedergelegt ist in unserem Programm, gehen wir mutig
und entschlossen an die Arbeit.

So wie immer wird das Wohl der Partei unser Zeichen sein.
Das bestätigen wir, indem wir wie am Anfang so auch am Schluss
unsrer Verhandlungen unseren beladenen Schlagzeug rütteln lassen:

Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein und singen
stehend die erste Strophe der Arbeitsmattoleite.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss 3 Uhr.

Konferenz der preußischen Parteitags- delegierten

zur Beratung der Frage des tatsächlichen Vorgehens bei den
preußischen Landtagswahlen.

Nach Schluß des Dresdener Parteitags degeben sich die
preußischen Delegierten nach dem Reichshaus.

Bebel eröffnet die Verhandlungen und gibt ein Bild der
durch den bekannten Ministererlass bei der letzten Konferenz ver-
änderten Lage. Während früher in Wahlkreisen, wo zwei oder
drei Abgeordnete zu wählen sind, die Wahl in einzelnen Wahl-
bezirken stattfand, würden jetzt alle drei Abgeordneten von dem
Wahlkreis auf einmal gewählt werden. Damit ist unser frischer
und gerechtes Verteilen, die liberalen Wahl-

männer rechtzeitig festzustellen und wenn sie ihr
Vertreten nicht halten, sie ebenfalls noch im letzten
Augenblick im Stiche zu lassen, bis zu einem gewissen
Grade unmöglich geworden. Aber jetzt noch ist es
möglich, daß in einem solchen Falle des Kreises frei-
wähler Wahlmänner, die gesamte sozialdemokratische Wahl-
männerlichkeit ohne Beratung unannteht den Liberalen nicht
wählt. Was wäre die Folge eines solchen Vorgehens?

Was ist die Situation, so daß den Konferenzierten nur fünf
Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen. Räume es zu einem
allgemeinen Kreis mit den Liberalen, so würde es leicht sein, die
Konferenzierten ziemlich schwach zu stellen. Da aber leider ein solches
Vorstell galt nicht oder nur sehr vereinzelt zu finden kommen wird, so

wird das Resultat das sein, daß das nämliche Abgeordnetenhaus
wieder eine Konferenz Wahlheit haben wird. Die Folge
wird die sein, daß für revolutionäre Gesetze die Bahn frei sein wird.

Es ist jetzt kein Wunsch mehr da, der in verhindern könnte. Sollten
wir es auf solche neue revolutionäre Gesetze, etwa auf ein neues Ver-
einfachtes aufzunehmen lohnen? Und da meine ich: Wie müssen mit
den Liberalen einmal darüber reden? (Sehr richtig!) Und wenn
der Erfolg unserer Beratung der wäre, daß der erste Liberal aus

dem Abgeordnetenhaus verschwindet, auch dann bin ich für eine
fiktive Konferenz an den Landtagswahlen. (Lebhafte Beifall.)

Darüber dürfen wir keinen Zweifel haben. Es gibt Situationen,
wo so etwas durchgeführt werden muss, kost es, was es will und
wo man die Dinge zweckmäßig bis zur Katastrophe zu treiben hat.

Wir werden dann in Zukunft auch für die Landtagswahlen neue
Institutionen erarbeiten. Sie wird im Reichstag Antrag zu stellen
haben, wonach für alle Wahlbezirke das allgemeine gleiche Wahl-
recht einzuführen ist. Gleichzeitig werden die Abgeordneten, die wir in
Potsdam durchsetzen, im Abgeordnetenhaus den Kampf gegen
das Anteilswahlrecht antreten und das ganze Land unter
Bünder in der nächsten Woche zu schützen haben. Das wird dann
nicht in Potsdam allein finden, sondern ja später erfolgen, wenn wir übernehmen,
was die Chancen an den einzelnen Orten seien.

Adler-Kiel: Ich möchte empfehlen, in jedem der von mir
vorgeschlagenen Abmachungsbezirke vielleicht einen Kandidaten zu
proklamieren. Die definitive Aufführung der Kandidaten in den
einzelnen Kreisen kann dann ja später erfolgen, wenn wir übernehmen,
wie die Chancen an den einzelnen Orten seien.

Böhme-Breslau stellt die Frage an, wie man sich bei den Ur-

wahlen zu verhalten habe, um nicht eventuell die ausschlaggebende
Stellung für die Abgeordnetenwahl zu verlieren. In Breslau z. B.
ist zu befürchten, daß die Sozialdemokratie, wenn sie allgemein in
der Umwelt bei etwaigen Stichwahlen die Freiheiten als das
kleineren Liberal wählt, den Freiheiten die absolute Mehrheit sichert
und dadurch die ausschlaggebende Stellung einbüßt. Man hat sich
in Breslau dadurch zu helfen gehucht, daß man sich die Wahlmänner
durch soziale Erklärung sicherte.

Borgmann-Berlin bittet Bebel und Singer, trotz der aus-
geführten Reden ein Mandat zu übernehmen. Man könne ihnen
so dann Gefälligkeiten stellen. (Bebel ruft den Redner zur Sache.)

Arons-Berlin: Meine Aufführung, Bebel und Singer überall
anzutreffen, bitte ich, nicht ganz würdig zu nehmen. Ich meine nur,
wir brauchen uns vor der Aufführung von Doppellandidaturen nicht
zu schüren. Die Breslauer mögen nach den lokalen Verhältnissen
die Konferenz nicht entscheiden. Das die Liberalen erst dann mit

Ort auch keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, so können die durch-
geführten Wahlmänner doch Trümpe werden, die für andere Wahl-
kreise nützlich werden können. Also steht der Durchführung des Be-
schlusses der Beteiligung ist nötig. Empfehlenswert wird es sein,
dass Land in Abmachungsbezirk einzutreten, deren Leiter die Organisa-
tion für ihr Gebiet in Händen haben und Abmachungen mit anderen
Parteien eingehen. Die Leiter dieser Bezirke werden ferner dafür zu
sorgen haben, daß in jede Wahlkreis ein Komitee eingesetzt wird,
das feststellt, wo Wahlmänner aufgestellt werden können. (Bebel
macht darauf aufmerksam, daß es sich jetzt nur um die allgemeine
Taktik handle.) Wir bitten um die Zustimmung der Konferenz dazu,
daß wir in Schleswig-Holstein die dänische Partei in besonderem
Sinne als blinderfahig betrachten.

Auf Antrag Stadtthagen wird die Redezeit auf 10 Minuten
beschränkt.

Singer: Ich stelle fest, daß sich gegen die Ausführungen
Bebels, in Bezug auf unsere allgemeine Taktik ein Widerspruch nicht
erhoben hat. Wir sind einig darin, daß wir gemäß dem Beschuß
der Berliner Konferenz mit Aufführung sozialdemokratischer Wahl-
männer überall wo es möglich ist, vorgehen. (Sehr richtig!) Neben
die Taktik im speziellen hier an denkt, hat gar keinen Zweck.
Wir müssen erst wissen, welchen Nachfaktor wir ins Gewicht zu
legen haben, wie viel sozialdemokratische Wahlmänner genötigt werden.

Arons-Berlin bestätigt, daß Bebel und Singer unter allen
Umständen die Annahme einer Kandidatur für den Landtag ab-
gelehnt haben. In weiteren Kreisen des Volkes wird dadurch das
Vertrauen auf den Erfolg erschüttert. Das ist ein Gesichtsmoment,

das in Betracht gezogen werden muss. Außerdem brauchen wir auch

gerade im Landtag besonders gewogene und getilgte Parlamentarier.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn Bebel und Singer zunächst in

allen Wahlkreisen aufgestellt werden, und dann je nach dem Ausfall

der Umwelt sich entscheiden, wo sie annehmen. Redner tadelt es des-
weiteren, daß in einzelnen Wahlkreisen, wie in Breslau, Frankfurt
u. M., mehrere Kandidaten aufgestellt seien.

Bebel stellt fest, daß über die allgemeine Taktik niemand mehr das
Wort wünscht. Die Konferenz ist also einmütig der Ansicht, daß die
Partei selbständig vorgehen habe, selbst auf die Gefahr hin, daß
das Ende result der Durchfall sämtlicher liberaler Kandidaten in
Preußen, soweit es auf uns kommt, ist. (Beifall.)

Arons-Berlin bedauert, daß Bebel und Singer unter allen
Umständen die Annahme einer Kandidatur für den Landtag ab-
gelehnt haben. In weiteren Kreisen des Volkes wird dadurch das
Vertrauen auf den Erfolg erschüttert.

Das ist ein Gesichtsmoment, das in Betracht gezogen werden muss.
Außerdem brauchen wir auch

gerade im Landtag besonders gewogene und getilgte Parlamentarier.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn Bebel und Singer zunächst in

allen Wahlkreisen aufgestellt werden, und dann je nach dem Ausfall

der Umwelt sich entscheiden, wo sie annehmen. Redner tadelt es des-
weiteren, daß in einzelnen Wahlkreisen, wie in Breslau, Frankfurt
u. M., mehrere Kandidaten aufgestellt seien.

Bebel legt die Gründe dar, die ihn und Singer veranlaßten,
eine Kandidatur abzulehnen. Singer und ich sind mit Arbeitern be-
reits heute so überzeugt, daß die Annahme weiterer Arbeitnehmer für uns
eine physische Unmöglichkeit ist. Dazu kommt, daß die Übernahme
einer solchen Kandidatur gerade für den preußischen Landtag mit
einer ungemein Arbeitlast verbunden ist. Ich fühle mich ja heute
noch beinahe weniger als vor 30 Jahren, aber ich weiß doch, daß ich
nicht mehr denselben Arbeitsaufwand hinter mir habe. Ich will nicht
eines Tages infolge von Überarbeitung zusammenbrechen, ich will doch
möglich lang mitmachen und da muß man Platz halten mit seiner
Kraft und Zeit. Sie können wirklich glauben, daß es mir unter
Singer eine wahre Wollust bereitet hätte, einmal im Landtag aufzutreten,
aber wir müssen auf das Vergnügen verzichten, wie man ja
ersthaft mit den Füßen auf so manches Vergnügen verzichten muß.
(Große Heiterkeit.)

Leopold fragt, ob nicht allgemeine Flugblätter für das ganze
Land herausgegeben werden können.

Bebel: Der Vorstand hat ja schon dafür gesorgt, daß das
Landtagshandbuch, ein sehr gutes Buch, herauskommt. Natürlich werden
wir auch für Flugblätter sorgen. Das ist jetzt eine der nächsten Auf-
gaben des Vorstandes.

Müller-Görlitz verteidigt, daß an manchen Orten, wie Breslau,
schon mehrere Kandidaten aufgestellt sind. Nachdem die Grüne
das bestellt, setzt er an, habe die Sozialdemokratie an manchen Orten
nicht warten können. Später könnten ja immer noch Verhältnisse
wider den Kandidaten vorgenommen werden.

Adler-Kiel: Ich möchte empfehlen, in jedem der von mir
vorgeschlagenen Abmachungsbezirke vielleicht einen Kandidaten zu
proklamieren. Die definitive Aufführung der Kandidaten in den
einzelnen Kreisen kann dann ja später erfolgen, wenn wir übernehmen,
wie die Chancen an den einzelnen Orten seien.

Böhme-Breslau stellt die Frage an, wie man sich bei den Ur-

und postieren, wenn wir bei den Wahlen die nötigen Wahlmänner durchgebracht haben, ist ihr Recht, wir müssen eben sehen, daß wir sie gewinnen.

Die Debatte über die *Kandidatenfrage* wird sich auf dem Standpunkt der Berliner Konferenz, daß die Zentralklasse auf Landtags- und Kommunalwahlen nicht im Aufspruch genommen werden kann. Andererseits können die Kosten unmöglich von den Kreisen allein aufgebracht werden, denn es wird sich um sehr erhebliche Summen handeln. Ich schlage Ihnen deshalb vor — die Parteileitung hat sich über diese Regelung verständigt — daß für die preußischen Wahlen ein besonderer Wahlfonds gegründet wird. (Sehr gut!) Dabei seien wir voraus, daß die großen Geldzentren es für Ihre Ehrengüte halten werden, von ihrem materiellen Überfluss, den sie zu ihrem Gewohnt sind, abzugehen an diejenigen Kreise, die nicht über solch reiche Mittel verfügen. Wie werden uns auch nicht etwas auf den sozialen Standpunkt stellen, daß wir etwa Beiträge von außerpatriotischen Wahlkreisen anstreben. (Große Heiterkeit.) Ich denke dabei an die Hamburger Gesellen, die ja neben den Berlinern überhaupt als die Bankiers in der Partei gelten. (Heiterkeit) Aus diesem Fonds wären dann die Kreise, welche die Kosten nicht selbst aufbringen können, zu unterstehen. (Allgemeine Zustimmung.)

Kremser-Düsseldorf begrüßt diesen Vorschlag mit Freuden.

Der Vorschlag Singers wird hierauf einstimmig angenommen.

Bebel: Damit sind die Beratungen beendet. Ich gebe unserer

aller Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Sache, für die wir

mit allen Kräften zu wirken bereit sind, von bestem Erfolge begleitet

sein möge. (Lob. Beifall.) Ich wünsche Ihnen allen glückliche Reise.

Auf Wiedersehen! (Aron: Im Abgeordnetenhaus?)

Schluß 6 Uhr.

Politische Übersicht.

Nebenbei entlassen. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist der Verlegerstaat des „Vorwärts“, Genosse Rehbein, aus der Haft entlassen worden, in die er wegen Verweigerung des ihm angefohlenen Vertrags eines Redaktions-Ge-
schäftsvertrages genommen wurde. Fast drei Wochen hat unser Genosse hinter den schwedischen Gardinen sitzen müssen, weil es St. Märtinismus gefallen hat, einen ehrlichen Menschen zu einer unehrenhaften Handlung verleiten zu wollen. Selbstverständlich ist auch der gesamten bürgerlichen Presse ein Dämmerlicht aufgesiegt, wie sehr die Verhaftung Rehbeins und ihre näheren Begleitumstände wieder der Sozialdemokratie von Nutzen sein werden, deren Spaltung man doch so sicher vorausgesehen hatte. Aber das ist das merkwürdige: Wenn man etwas recht gescheit anfangt, dann hat immer die Sozialdemokratie den Vorteil davon! Und das wird immer so bleiben, solange das herrschende System am Munder ist.

Gehörlose Redakteure. Anlässlich der Fälle Leib, Rehbein und Lempeters ist folgende Geschichte nicht uninteressant, an welche die „Danziger Neuesten Nachrichten“ erinnern:

Es ist jetzt wenige Jahre her, da saß in Danzig ein Redakteur auf der Anklagebank. Er hatte sich wegen eines beleidigenden Artikels zu verantworten. Er war nicht der Verfasser dieses Artikels. Er nannte aber den Verfasser dem Gericht, sodass auch gegen ihn verhandelt werden musste. Da erhob sich Staatsanwalt Letting und stellte seine Strafanklage gegen den Redakteur doppelt so scharf als gegen den Verfasser. Denn, so fügte er aus, „der Redakteur hat unschön gehandelt.“ Die Fälle, wo das Redaktionsgeheimnis gebrochen worden ist, sind, Gott sei Dank, auf deutschen Redaktionen selten, und um so mehr muss ich es tadeln, dass der Angeklagte sich nicht gescheut hat, den Verfasser zu nennen und ihn dadurch auf die Anklagebank zu bringen.“

Die Ansicht des Staatsanwalts Letting wird von allen ehrenhaften Journalisten geteilt. Leider aber haben Verursachenden des Herrn Letting das Recht, Redakteure auf sechs Monate einzusperren, weil diese nicht eine ehrlose Handlung begehen wollen, welche glücklicherweise auf deutschen Redaktionen selten ist.

Redakteure in deutschen Gefängnissen. Der Mitarbeiter des „Wien-Politik“ in Bochum, Hans Wojciechowski, hat die letzte Tage das Gefängnis verlassen. Er hat darin drei Monate zugebracht, und zwar wegen einiger Artikel über das preußische Reichs- und Schulwesen, die er in der „Gazette Taurica“ veröffentlichte. Das Blatt schreibt: „Wojciechowski wurde im Gefängnis wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Er mußte Gefangenkleidung anlegen und auf der Stasi eine Tafel mit der Nummer seiner Zelle tragen. Beschäftigt wurde Wojciechowski mit Aufrüstung von Büsten. Da er die vorgeschriebene Anzahl Büsten nicht fertig brachte, strafe man ihn durch Einschränkung seiner Nahrung. Der Abgeordnete Breitbach hat infolgedessen an den Justizminister eine Petition erichtet.“

Man erachtet aus diesen Tatsachen wieder einmal, wie dringend reformbedürftig der Strafvollzug im Deutschen Kaiserreich ist. Es tut nichts Gute, wenn jemand, der nichts Unrechtmäßiges begangen, sondern in seiner Weise nach seinen besten Überzeugungen für die Abstellung von öffentlichen Dienstleistungen im öffentlichen Interesse zu wirken verachtet, nicht vor der Behandlung sicher ist, wie sie Herrn Wojciechowski zu teil geworden.

Singe, wenn Gesang gegeben. So hieß es früher; heute ist sogar das Singen altheraunder Soldaten nicht mehr ungefährlich. Machten da die Seminaristen von Montabaur einen Ausflug nach Bad Ems und stiegen in den Kuranlagen in der Nähe des Denkmals Wilhelms I. einige Gesänge vor, darunter auch das künstlerische Lied: „Wer will unter die Soldaten, der muss haben ein Gewehr.“ Das hat unglaublicherweise der Gewehrschmied des Seminars weißlich entzweit. „Das ist also der Patriotismus“, rief der fröhliche Mann, der künftigen katholischen Lehrer in der Kastenkunst. Es ist eine Verbüßung des freien Heldenkaisers, gegen die der Staatsanwalt einschreiten sollte. Zum Spielzeug hat er seine Soldaten doch wahrscheinlich nicht gesetzt!“

Eine reizende Demagogie. Aber freilich, wenn sich religiöse und kulturelle Einheit mit schweißwiederndem Byzantinismus paart, dann muss man auf alles gesetzt sein.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Wegen Hansfriedensbruchs, begangen in einer nationalliberalen Wahlversammlung, sind in Ottweiler den Redakteuren der „Neuzeit“ und der Pastor Schmidt aus Brumetsweiler zu je 8 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Landtagswahl-Vorbericht.

Die Landtagswahlen in Berlin dürften erheblich schwierigeren bereiten. Der Magistrat rechnet mit einer Beteiligung von 50-60 Prozent. Nun sind in Berlin nicht weniger als etwa 100 Wahllokale erforderlich, und kaum 200 Lokale dürfen anzuzeigen sein, welche groß genug sind, um bei starker Beteiligung die Wählermessen zu fassen. Die Wahllokale werden bekanntlich in der Weise bewirkt, daß sämtliche Wähler sich zu einer bestimmten Zeit in dem Wahllokal versammeln. Dort wird dann der Wahlvorleser den Namensauflauf vornehmen, und der Aufgerufene muss an den Vorstandstisch herantreten und angeben, welche Wahlmänner er wählen will. Da nun in vielen Fällen die Räumlichkeiten nicht groß genug sein werden, um alle Wähler anzunehmen, und vorwiegend viele derselben in Nebenräumen bleiben müssen, so wird hierdurch eine erhebliche Verzögerung des Wahlgangs stattfinden. Hierzu kommt noch, dass bei der diesmaligen Wahl drei Parteien sich um den Wahlsieg streiten werden, und die natürliche Folge dieser Tatsache wird die Notwendigkeit einer großen Anzahl von Wahlwählen werden. Unter diesen Umständen muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass in vielen Wahlbezirken sich die Wahlen außerordentlich lange ausdehnen und besonders in der dritten Abteilung viele Stunden in Anspruch nehmen können. — So brechen bürgerliche Blätter. Es ist also jetzt schon klar, dass die Beteiligung der Arbeiterschaften die ganze Widerstrebung des Wahlsystems klar erwiesen wird.

Ausland.

Zur Demission des Burenrichäters Chamberlain. Obwohl der Rücktritt des Kolonialministers und seiner drei Kollegen offiziell erst in den Abendstunden des vergangenen Freitag bekannt wurde, ist die Absicht desselben, zurückzutreten, schon seit längerer Zeit fest. Die englischen Männer veröffentlichen jetzt eine Korrespondenz zwischen Balfour, dem Ministerpräsidenten, und Chamberlain, welche von 2. September datiert. In seinem Demissionsschreiben an den Ministerpräsidenten legt Chamberlain die Gründe seines Rücktritts dar. Er ist zu der Überzeugung gelangt, dass die Massen der Wähler zur Zeit der Schatzpolizei feindlich gegenüberstehen. Die Wichtigkeit der kolonialen Kräfte, die Gefahr, sie zu verlieren, werden noch zu gering eingeschätzt. Dagegen seien starke Strömungen vorhanden, die eventuell anzurechnende Repressionen gegen Länder, welche einen leichteren Austausch mit England widerstreben. Um dem Kabinett eine solche Politik zu erleichtern, missbraucht Chamberlain aber auszuhören Balfour, der gerade erst vor kurzem durch eine Broschüre sein ganz vollständiges Einverständnis mit Chamberlain gewonnen hat, nahm die Demission mit dem Hinweis an, dass Chamberlain außerhalb des Ministeriums noch viel mehr für seine Antizipationen werde wirken können. Die beiden Staatsmänner werden also — das ist die allgemeine Aussicht — nach wie vor zusammenarbeiten dem gleichen Ziele zu. Chamberlain ist nicht der Mann, der sich resigniert zurückzieht; schon am 6. Oktober beginnt er die Reihe der Versammlungen und Banketts, wo er für seine politischen Ansichten Propaganda machen wird.

Partei-Angelegenheiten.

Auf dem Schlachtfelde geblieben. Genosse Hermann Meiling, Delegierter zum sozialdemokratischen Parteitag, ist, wie die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ berichtet, Sonntags Nacht in Dresden eines jähren Todes gestorben. Als er Nachts in sein Logis in der Gerichtstraße, wo er mit seiner Gattin wohnte, heimkehrte, stürzte er auf der Treppe aus und schlug so unglücklich mit dem Kopfe auf, dass der Tod eintrat. Unser unglücklicher Genosse war Delegierter für Elster-Borsig-Charlottenburg. Die Parteigenossen im Lande werden mit uns auf das tiefe Anteil nehmen an dem traurigen Schicksal Hermann Meilings. Gestern noch in rüstiger Tätigkeit an den anstrengenden Arbeiten des Parteitages teilnehmend, liegt er heute still auf der Bahre. Nachst tritt der Tod den Menschen an.

Ein neuer Sieg. Bei der Nachwahl zum Elsaß-Lothringischen Bezirkstag wurde in Straßburg der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Weiroth gegen den Zentrumskandidaten gewählt.

Arbeiterbewegung.

Der Streit der Wiener Kärschner ist, soweit die Engros-Geschäfte in Frage kommen, beendet, da diese die Forderung der Gewerkschaften, den Neunstundentag, bewilligt haben. Dagegen weigern sich die Mitglieder der Genossenschaft (Gummigemeister) zu bewilligen. Der Kämpfer ist hat nach fünfmonatlicher Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter gewonnen. Bewilligt wurden folgende Forderungen: Neunstundentag, einheitlicher Lohntarif für Altarbeiter, Aufschlag von 50 bzw. 100 Proz. des Lohnes bei Überarbeiten bzw. bei Nacharbeit, Anerkennung der Organisation und des Arbeitsnachweises und Freigabe des ersten Mai.

Gassenarbeiter-Ausverteilung in Gruna. Die Kohlenhändler haben wegen Differenzen über die Arbeiterauswahl die Arbeiter-Ausverteilung im Dorf verhindert.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 22. September.

Achtung! Parteigenossen!

Am kommenden Mittwoch den 23. September wird im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ unser Parteigenosse, Privatdozent a. D.

Dr. Leo Arons

einen Vortrag über die bevorstehende Landtagswahl und das Wahlsystem halten.

Indem wir schon jetzt auf diese wichtige Versammlung aufmerksam machen, ersuchen wir die Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins, die Mitglieder und vor allem die in Aussicht genommenen Wahlmannen zu kandidieren besonders einzuladen.

* Versammlung des sozialdemokratischen Vereins. In der gestern abgehaltenen, sehr gut besuchten Mitglieder-Versammlung hielt Genosse Redakteur Mehrlein einen beispielhaft aufgenommenen Vortrag über das Bezirksführersystem in Hamburg und Breslau. Der Referent erörterte in detaillierter Form die innere Organisation der Partei in Hamburg und gab einige Fingerzeige bezüglich Verbesserung und weiterem Ausbau der hiesigen Organisation. Hervorzuheben ist besonders der Vorschlag des Genossen Mehrlein, allen Bezirksführern die „Neue Zeit“ und allen Distriktsführern „Neue Zeit“, „Sozialistische Monatshefte“ und alle neu erscheinenden Brüderungen zu auf Vereinssachen gratis zugewiesen. Zweck dieses Vorgehens ist, das geistige Leben unter den Mitgliedern mehr wie bisher zu pflegen und tüchtige Referenten heranzubilden.

Nach dem Vortrage ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Das Gewerkschaftshaus“ über. Hierbei entwickelte sich eine rege und lange Debatte, die sich bis nach Mitternacht hinzog. Hauptfachlich wurden lokale Mängel, Beschwerden, Ainstellungsbefreiungen und dergleichen besprochen. Um 12½ Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

* Achtung! Bezirk Dorf Gräfsladen. Die für Mittwoch geplante Zusammenkunft findet wegen der Leo-Arons-Versammlung nicht statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich in der genannten Versammlung einzufinden. Der Bezirksführer.

* Bezirk 3. Mitgliederzusammenkunft im bekannten Lokale. Um zahlreiches und prächtliches Erscheinen ersucht.

* Bezirk 5. Sonnabend Abend: Versammlung im bekannten Lokale.

* Angeblicher Hansfriedensbruch. Am Sonntag, den 24. Mai d. J. haben die Bäckergesellen Biegen und Wibera bei einer Bäckereikontrolle in der Bäckerei des Herrn Jungas, Wilhelmstraße 6, Sonntagsüberarbeitet festgestellt und zur Anzeige gebracht. Herr Jungas hielt die Kontrolle seiner Arbeitszeit für ein sehr schlimmes Vergehen und stellte gegen die beiden Gesellen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs. Biegen und Wibera standen gestern vor dem hiesigen Schöffengericht dieses Vergehens beschuldigt. Sie geben an, die Bäckerei des Jungas nicht betreten, sondern nur die Tür geöffnet und hineingesehen zu haben, wobei sie einen Lehrling beschäftigt sahen. Einen Hansfriedensbruch wollen sie dadurch natürlich nicht begangen haben. Der Amtsamtsherr hielt ein wiederrechtliches Eindringen in die Geschäftsräume des Herrn Jungas für vorliegend und beantragte 1 Woche Haft. Das Urteil lautete dahin, dass durch das einfache Hinsetzen in die Bäckerei kein Hansfriedensbruch vorliege und erfolgte deshalb die Freisprache beider Angeklagten.

* Der Verband der Stoffkäteure hat erst am Dienstag, den 29. September, Versammlung, nicht wie irläufig im Gewerkschaftshauskalender steht, am heutigen Abend. Die Versammlungen finden regelmäßig am Dienstag vor dem 1. und 15. jeden Monats statt.

* Achtung, Sattler! Heute Abend findet in Rupprechts Restaurant — Herrenstraße 19 — eine öffentliche Sattlersversammlung statt, in welcher Gauleiter Kollege Albert Semle aus Berlin referieren wird.

Ferner findet kommenden Sonntag, den 27. d. M., im Gewerkschaftshaus das 10. Stiftungsfest, verbunden mit Tanzfräulein, Vorträgen etc., des Sattlerverbandes statt. Die Festrede hält ebenfalls der Kollege Semle aus Berlin. Außerdem hat der Arbeitersängerbund seine Mitwirkung zugesagt. Es dürfte somit ein in jeder Hinsicht gelungenes Fest zu erwarten sein. Das Entrée beträgt für Herren inklusive Dame 60 Pfennig, für einzelne Dame 30 Pfennig. Gäste sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

* Von einer seltenen Blüte im Kampf gegen das Polentum, wie sie nur auf dem Boden des Halbkreislandes geboten kann, wissen die „P. N. R.“ zu berichten:

Der deutsche Kaufmann Gustav R. hat von dem Wirt Jan R. in B. einen mit Jan R. unterschriebenen am 1. April fällig gewordenen Solawechsel erhalten. Als Zahlung wurde erfüllt, nämlich am 11. September an das Amtsgericht Schrimm folgendes Gesuch:

Gesuch
des Kaufmanns Gustav R.
um Erlass eines Zahlungsbefehls
gegen den Wirt Jan R.
an P.
wegen 349 M. u. Zinsen.

Der Wirt Jan R. zu B. schuldet mir auf Grund eines am 1. April er. fälligen Solawechsels den Betrag von 349 M.

Er beantragt ergeben einen Zahlungsbefehl gegen den Wirt Jan R. wegen einer Wechselforderung von 349 M. nebst 6% Zinsen seit dem 1. April erlassen zu wollen.

Ergebnis:

Gustav R.

An

das Königl. Amtsgericht

Schrimm

Am 12. September erhält R. seinen Antrag mit folgendem, vom Richter eigenhändig geschriebenen Bescheid zurück:

Urtümlich zurück. Der Vorname des Beklagten ist in deutscher Sprache aufzugeben.

Schrimm, den 12. September 1903.

R. Amtsgericht.

v. R.

Diesem Bescheid folgte unmittelbar auf dem Fuße eine Kostenrechnung: Gebühr für Zurückweisung des Antrages auf Erlass des Wechselfels (§ 37 G.-R.-G.) 3 Mark.

Ron sollte diesen Vorgang kaum für möglich halten; doch versichern die „P. N. R.“, dass ihnen das Schriftstück im Original vorliegt. Der Kampf gegen das Polentum zeitigt merkwürdige Auswüchse. Noch seltsamer muss einen aber der Ueberreifer des Richters annehmen, wenn man erfährt, dass auch die Wechselführer „Jan R.“ laute. Der Kläger konnte also den Vornamen des Beklagten in seinem Gesuch garnicht „verdeutschen“, da er doch sonst Gefahr lief, seinen ew. Antrag auf Zwangsvollstreckung unvollzogen zurück zu bekommen.

Nicht weniger erfreulich ist für den deutschen Gläubiger der Erfolg seines Antrages, dass er dafür 3 Mark Kosten bezahlen muss, während sein polnischer Schuldner ohne sein Gut zu freist erhalten hat.

* Der dicke Wilhelm. Den meisten unserer Leser wird es interessant sein, einmal eine genaue und eingehende Geschichte des einzigen Denkmals im Breslauer Scheunengasse Park zu erfahren. Wir entnehmen der „Breslauer Zeitung“ nachstehende Ausführungen darüber. Jamitten eines hohen, dunklen Baumes steht eine weiße Mauerstele himmelwärts und hoch oben — so hoch fast wie die Wipfel der malten Eichen im Hintergrunde des Landschaftsbildes — steht der dicke Wilhelm, und blickt herüber zu den Kasernenhäusern bei der Schweizer. Auf das den steinernen Hörn des Scheunengasse Parks schwindet, umgekehrt ihm ein steinerne Tiere. Ein unendbares Volk blickt zu ihm hin und kennt ihn nicht. Es weiß nicht, dass er ein wohlbekannter, gemütlicher Sohn des Volkes war; es darf vergetzen, dass er einst mit gesellten Täfern nach Breslau kam und hier dem Großvater gehabt: „Leben und leben lassen!“ Fragt ein Fremder seinen einheimischen Beyleiter nach der Bedeutung der Steine, wunderlichen Figuren auf der dicke Bäuche, turmhohen Säule, so erklärt er zwar eine Auffrischung, aber keine richtige. Entstehen wird ihm das unglückliche Wörter, oder als eine Art Säulenheiliger, oder als „männliche Worte“, oder als ein geweihter Bürgermeister, oder als der alte Scheitnig bezeichnet. Wer einen fremden durch heimische Gesetze gelehrt, darf bei der Beantwortung von Fragen keine Bedenken zeigen, kann plaudert er sich. Seltens ist eine der zu sagen weiß, dass die Figuren den dicke Wilhelm stellt. noch viel seltener weiß einer zu

